

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljahr 4.50 RM., monatlich 1.50 RM.
 frei ins Haus, vorauszahlbar. Einzelne
 Nummern 10 Pf. Postbezug: Monatlich
 1.50 RM. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 3.— RM. für das übrige Ausland
 4.50 RM. monatlich. Versand ins Feld
 bei direkter Bestellung monatlich 1.20 RM.
 Postbestellungen nehmen an: Linnemann,
 Hofmann, Bürgemann, Schmeider
 und die Signale, Eingetragen in die
 Post-Verzeichnisse.
 Erscheint täglich.

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Einzelgenusspreis:
 Die Zeitschrift „Vorwärts“ kostet
 80 Pf. „Kleine Vorwärts“, das
 wöchentliche Blatt 20 Pf. (jeden
 2. Freitag der Woche), jedes weitere
 Blatt 15 Pf. Die Zeitschrift und
 die wöchentliche Beilage sind
 20 Pf. jedes weitere Blatt 10 Pf.
 Jede über 15 Nummern gültig für
 zwei Blätter. Fernerungszulage 20%.
 Familien-Kassenschein, politische und
 gewerkschaftliche Vereine + Anzeigen
 50 Pf. die Zeile. Anzeigen für die
 nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin
 S.W. 68, Lindenstraße 3, abgeben
 werden. Beilagen von 8 Uhr früh bis
 7 Uhr abends.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Montag, den 3. Juni 1918.

Expedition: S.W. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Vordringen am Oureq.

Vordringen südöstlich Royon und beiderseits des Oureq — Unveränderte Lage an der Marne — Fort Pompele (südöstlich von Reims) vorübergehend besetzt.

Berlin, 2. Juni 1918, abends. Amtlich.
 An der Angriffsfront neue Fortschritte.
 Amtlich. Großes Hauptquartier, 2. Juni 1918. (W. Z. S.)

Westlicher Kriegsschaublatz.
Seeresgruppe Norddring Nordrecht.
 Artilleriekämpfe an vielen Stellen der Front. Englische Teilangriffe südlich der Eys und nördlich von Albert scheiterten unter schweren Verlusten.

Seeresgruppe Deutscher Norddring.
 Südlich von Royon drängten wir den Feind trotz heftigen Widerstandes auf den Wald von Carlepont und von Montagne zurück. Wir nahmen die Höhen südlich von Roulin-sous-Touvent und stark verdrahtete feindliche Linien westlich von Roudron.

Am Angriff beiderseits des Oureq. Abstände warfen wir den Feind über den Savidres-Abchnitt zurück und eroberten die Höhen von Passy und Courchamp.

An der Marne ist die Lage unverändert. Der auf dem Nordufer des Flusses gelegene Teil von Chateau-Thierry wurde vom Feinde gesäubert. Nordöstlich von Verneuil und beiderseits der Ardre heftige Gegenangriffe der Franzosen. Unter blutigen Verlusten wurde der Feind zurückgeschlagen. Westlich von Reims drangen wir im örtlichen Vorstoß in französische Gräben bei St. Leonard ein und nahmen die Besatzung des vorübergehend von uns besetzten Forts Pompele gefangen.

Französisch-amerikanische Lager von gewaltiger Ausdehnung fielen bei Dre-en-Tardenois in unsere Hand. Weit über eine halbe Million Schuss Artillerie, unermessliche Bestände an Pionier- und Fernsprengerät, mehr als 1000 Fahrzeuge wurden hier erbeutet.

Der Erste Generalquartiermeister, Ludendorff.

Der österreichische Bericht.
 Wien, 2. Juni 1918. Amtlich wird verlautbart:
 An der Gebirgsfront lebte der Artilleriekampf an vielen Stellen wieder auf.
 Im Mühlungsgebiet der Piave wurde heute um Mitternacht ein italienischer Vorstoß durch Feuer abgeschlagen.
 Der Chef des Generalstabes.

Der katastrophale französische Rückzug bis zur Marne.

Telegramm unseres Kriegsberichterstatters
 Kampffront südlich der Aisne, 30. Mai.
 Die Durchbruchschlacht am Chemin des Dames hat sich nach 24stündiger Dauer zu einer Feldschlacht entwickelt, die in drei Tagen die deutschen Truppen siegreich über die über die historische Marneflusse brachte. Zum zweiten Male haben Hindenburg und Ludendorff für eine Zeitlang den Westkrieg aus der Phase der stumpfen Materialisierung und bloßen Quantitätsrechnung herausgerissen und in ein grandioses, ideenreiches Ringen zwischen geführt und nichtgeführten Massen verwandelt. Während die Marschkämpfe den Durchbruch erst nach zäher, blutigen Ringen bewerkstelligten, hat die Malschlacht den Gegner mit erstaunlich geringen Verlusten auf das offene Feld gezwungen. Beim Durchwandern des Kriegsschauplatzes trifft man kaum tote, dagegen verlassene Kriegsmaterial in beispielloser Fülle an, das den Zusammenbruch der 6. französischen Armee und aller bisher herangezogenen Reserven bezeugt. Allein zwei Armeekorps nahmen 300 Geschütze bis zum allerwertesten Kaliber, Lazarette, Flughäfen, Kraftwagenparke fallen völlig unberührt unverfehrt in deutsche Hand. Der französische Rückzug von der Aisne bis zur Marne bietet in Wirklichkeit jenes katastrophale Bild, das die Entente-legende seit drei Jahren von dem deutschen Rückzug zwischen der Marne und Aisne im Herbst 1914 propagiert hat.

Der Kampfsverlauf am gestrigen heißen und heutigen vierten Tage wird zunächst durch das rapide Fortschreiten und Ausbreiten der vorstürmenden Armeemitte gekennzeichnet. Heute abend ist das Nordufer der Marne zwischen Chateau-Thierry und Verneuil erreicht. Der rechte Flügel der Armee v. Voehn dringt in westlicher Richtung parallel der Aisne in dem Höhenland nördlich des Flusses statt vor, der linke Flügel der Armee Dutier hat zwischen Royon und Couch in südlicher Richtung angegriffen. Beide drängen konzentrisch den Gegner aus dem Hügelgebiet zwischen der Dife und der Aisne heraus. Auf dem Schlachtfeld bei Reims hält der rechte Flügel der Armee v. Below die Festung im Osten und Westen bis auf zwei Kilometer an die Stadtmauer umstellt.
 Dr. A. Köster, Kriegsberichterstatter.

Stegemann schreibt im „Barnet-Bund“ unter Hinweis darauf, daß die begonnene deutsche Offensive eine Entscheidungsoperation größten Stils darstelle, die nicht nach Einzelereignissen, sondern nach dem Gesamtergebnis, das erst im Herbst abgeschätzt werden könne, beurteilt werden müsse. Das französische Verteidigungssystem ist zwischen Reims und Compiègne bis auf die Grundstellung aufgerissen. Die Deutschen haben den Zusammenhalt der Champagne-, Raas- und Vogesenfront mit der skandinavischen Front so gelockert, daß noch heute schon die Verbindung Chalons-Paris nicht mehr als durchlaufende Transversale benutzen kann. Joffre befahl, als er im September 1914 Front machte, eine vom Feinde gelüste, neu-aufgebaute Armee, die den anstürmenden Feind in vorbereiteter Stellung zwischen Verdun und Paris mit umfassend ausgreifendem linken Flügel erwartete und über zahlreiche Reserven verfügte. Doch dagegen kann nichts anderes tun als rückwärts gleitend eine neue Widerstandslinie zu suchen und muß zufrieden sein, wenn es ihm gelingt, an Reims und Oureq eine Verteidigungsstellung einzunehmen und zum Stellungskrieg herzurichten, ehe der Gegner zu neuem Schlage ausholt.

Ueber 25 Kilometer Marnefront.

Berlin, 2. Juni. Mit der Einnahme des Nordteils von Chateau-Thierry und der Erstürmung von Verneuil ist die Marnefront bereits auf mehr als 25 Kilometer verbreitert. Der spitze Stoßkeil hat sich zur breiten Kampflinie gefortzt.

Die Kiewer Friedenskonferenz.

Kiew, 1. Juni. In der gestrigen Sitzung der Friedenskonferenz schloß sich an das Protokoll über den Vollmachtenaustausch eine ausgedehnte Kusprache an. Paktorwski sah in dem ukrainischen Text, der eingangs von dem ukrainischen Staat und der russischen sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik als selbständigen und unabhängigen Staaten spricht, die sich augenblicklich miteinander im Kriegszustande befinden und beiderseits den Wunsch ausdrückten, Frieden zu schließen, eine Vorentscheidung in Fragen, die noch den Gegenstand von Verhandlungen zu bilden haben. Die Rechtsbeziehungen zwischen beiden Parteien sollen im Verhandlungswege erst festgelegt werden.

Die Ukraine habe als Staat noch keine vollbestimmten juristischen Rechte und sei von der Sowjetregierung als solcher noch nicht anerkannt. Die Sowjetregierung sei der Rechtsnachfolger des ehemaligen russischen Reichs und nur mit ihrem Einverständnis dürften formell einzelne Staatsgebiete als Träger internationaler Rechte auftreten, sachlich aber erkenne die Sowjetregierung das Selbstbestimmungsrecht der Ukraine an.

Der russische Protokolltext geht von dem Artikel 6 des Brestler Vertrags aus, der die Sowjetrepublik zum Friedensschluß mit der ukrainischen Volksrepublik verpflichtete, und davon, daß am 30. März der Rat der ukrainischen Volksminister sich an den Moskauer Sowjet und die Volkskommissare mit dem Vorschlag der Einberufung der Friedenskonferenz zur Einstellung der Feindseligkeiten, Festlegung der Grenzen und der Rechtsbeziehungen gewandt hat. Die Ausarbeitung des Protokolltextes wurde einer gemischten Kommission überwiesen. Ueber die

Demarkationslinie wurde noch keine Einigung erzielt. Die sonstigen Punkte der Waffenstillstandsverhandlungen werden in den heute beginnenden nichtöffentlichen Sitzungen dorbesprochen.

Die Prostitutionsfrage im Reichstage.

Von Max Quard.
 Fast ganz unbeachtet von der großen Öffentlichkeit, hat sich vor Pfingsten in dem 16. Reichstagsauschuss für Bevölkerungspolitik die erste Verhandlung und Beschlussfassung über eine neue Regelung der Prostitution vollzogen. Früher hätten solche Beratungen die sozial interessierten Kreise und Parteien, alle Hygieniker und Ärzte bis weit in das große Publikum hinein lebhaft mitbeschäftigt. Jetzt haben es die Kriegsumstände, der Mangel an Raum, den die Presse für solche Erörterungen hat, und die Fülle weltpolitischer Fragen, die der unerbittliche Fortgang des Kriegs andauernd neu aufwirft, mit sich gebracht, daß die hochwichtigen Debatten fast wie hinter geschlossenen Türen vor sich gegangen sind. Und doch schneidet namentlich die Wendung, die die Kommissionsarbeit von der Gesundheitsgesetzgebung zur moralisierenden Sittlichkeitsgesetzgebung allmählich angenommen hat, tief in unser gesellschaftliches Leben ein und droht, eine neue Art Kriegssittlichkeit zu schaffen, die für den ganzen Geist der Gesetzgebung in und nach dem Kriege höchst verhängnisvoll werden kann.

Der Anlaß für den Reichstag, sich mit der Prostitution zu befassen, war dadurch gegeben, daß der dem Ausschuss zugewiesene Regierungsentwurf zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten wieder einmal in der Prostitution die Hauptursache der Verbreitung jenes fürchterlichen Uebels erblickte. Schon darüber kann man allmählich und vollends im Kriegsverlauf anderer Meinung geworden sein. Infolge des Kriegszustandes ist auch die Männerwelt allmählich so hervorragend Träger und Verbreiter der Geschlechtskrankheiten geworden, daß man mindestens im Zweifel darüber sein kann, ob nicht heute schon ähnliche strenge Maßnahmen gegen geschlechtskranke Männer in Heer und Heimat zu ergreifen sind, wie gegen die offene und heimliche Prostitution als Trägerin und Verbreiterin der Ansteckungsstoffe. Dabei ist man seitens der Regierung und des Reichstags auch bei der Beratung des neuen Entwurfs leider durchgreifenden Maßnahmen gegen die Männer noch immer aus dem Wege gegangen.

Der Ausschuss hat zwar in erster Lesung einige Strafparagrafen angenommen, die kriminelle Ahndung androhen, wenn sich jemand, Mann oder Frau, nicht von einem Arzt behandeln läßt, obgleich er weiß, daß er geschlechtskrank ist; die es ferner bestrafen, wenn jemand in dieser Verfassung den Beischlaf ausübt oder eine Ehe eingeht. In letzterem Falle soll Verfolgung nur auf Antrag eintreten. Es ist auch ganz allgemein, für Mann und Frau, beschlossen worden, daß verdächtige Personen einer gesundheitlichen Beobachtung unterworfen, zwangsweise untersucht und einem Heilverfahren zugeführt werden können. Aber organisatorische Einrichtungen und Vorkehrungen dafür, daß der Regelfall, nämlich die Feststellung, die Unterbindung und Heilung von Geschlechtskrankheiten allgemein und durchgreifend erledigt wird, ehe man es zu Strafanzeigen der Beteiligten kommen läßt, sind in keiner Weise getroffen. Dazu gehören vor allem die Einführung der Meldepflicht, wie bei anderen ansteckenden Krankheiten, Gesundheitsämter und Beratungsstellen in dichtem Netz über ganz Deutschland, und eine großzügige finanzielle Unterstützung dieser Gesundheitsorganisation durch Reich, Bundesstaaten und Sozialversicherung. So wie jetzt die Ausschussbeschlüsse lauten, gehen sie nur die Handhabe, in besonders trassen Fällen vorzubeugen. Ihre Wirkung wird sich in der Hauptsache wieder nur gegen die Prostituierten richten.

Run ist freilich auch bei der besonderen Beschgebung für die Prostitution fast alles reformbedürftig. Das alte Reglementierungssystem hat vollständig versagt. Die Regierungsvorlage gibt dies auch zu. Sie nimmt sogar einen höchst erfreulichen Anlauf nach dieser Richtung. In ihrer Begründung zu Paragraph 6 heißt es:
 „Wegen der Nachteile, welche die Unterstellung unter polizeiliche Aufsicht für das bürgerliche Leben mit sich bringt, läßt sich erfahrungsgemäß nur der geringste Teil der Dienen in die polizeilichen Listen eintragen, die Mehrzahl unterwirft sich nicht der polizeilichen Beaufsichtigung und treibt, um einer Bestrafung zu entgehen, die Unzucht heimlich.“
 Um diesem Uebelstande zu begegnen, schlägt der Entwurf in Uebereinstimmung mit der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und ihren eingebenden und mitleidigen Vorarbeiten vor, die gewerksmäßige Unzucht als solche straflos zu lassen und Dienen nur dann zu strafen, wenn sie die zu ihrer gesundheitlichen Ueberwachung erlassenen Vorschriften übertreten. In § 361 Biffer 6 des Strafgesetzbuches ist die entsprechende Wendung vorge-schlagen. Die Ueberwachungsvorschriften selbst aber sollen

nicht geschädigt sein, sondern in bundesrätlichen Vorschriften mit einer gewissen Beweglichkeit versehen. Diese Vorschriften sind bereits als „Richtlinien“ provisorisch zwischen den Bundesregierungen vereinbart und dem Reichstagsausschuß auf sein Verlangen zur Mitberatung unterbreitet. In ihrem ersten Teile beinhalten sie sich tatsächlich auf Vorschriften zur Sicherung der Gesundheit der Prostituierten. Sie lassen zu, daß sich diese regelmäßig bei bestimmten Privatärzten auf ihre Kosten oder in einer öffentlichen Sprechstunde beim Polizeiarzt unentgeltlich untersuchen lassen. Diese Ärzte haben auch die sonst nötigen Anordnungen bis zur Einweisung in das Krankenhaus verbindlich für die Dirnen zu geben. Schon der zweite Abschnitt der „Richtlinien“ aber enthält wieder Vorschriften „zur Sicherung der öffentlichen Ordnung“, die sich zum Teil an die Reglementierung anschließen und unter anderem weitgehende Wohnungsbeschränkungen für ganze Gemeinden oder Straßen und Häuser enthalten. Der dritte Abschnitt jedoch bringt für Dirnen, die sich gegen diese Gesundheits- und Ordnungsvorschriften zweimal vergehen und deswegen rechtskräftig verurteilt sind, ganz die barbarische Strafe der selbst nach der Regierungsbegründung völlig gescheiterten Polizeiaufsicht mit den bekannten scharfen, aber völlig wirkungslosen Kontrollbestimmungen. Hier hätte für unverbesserliche Prostituierte eine weitgehende soziale Arbeitsfürsorge einzusetzen müssen. Man hätte daran gehen sollen, solche Dirnen als körperlich und geistig minderfähige Bevölkerungselemente zu behandeln und entsprechende Pflegeeinrichtungen für sie zu schaffen. Statt dessen läßt man sie einfach in die Polizeiaufsicht zurück. Durch Beschlüsse des Ausschusses ist nun allerdings eine gewisse Schuttsaufsicht geschaffen worden. Zweck dieser Aufsicht soll sein, „dafür Sorge zu tragen, daß die betr. weiblichen Personen wieder einem geordneten Lebenswandel durch Nachweisung von Arbeit oder Befähigung sonstiger angeleglicher (?) Hindernisse deselben zugeführt werden“. Aber die Verhängung dieser Schuttsaufsicht soll nicht durch richterliche Anordnung erfolgen, statt der Polizeiaufsicht und statt des Arbeitshauses, sondern lediglich auf Betreiben charitativer Vereine, und die Polizeiaufsicht soll sofort wieder eintreten, wenn die weibliche Person den ihr von der Schuttsaufsicht auferlegten Verbindlichkeiten zuwiderhandelt. Die Polizeiaufsicht bleibt also nach wie vor als „letzte Säuremittel“, wie sich die Regierung im Ausschuß ausgedrückt hat. Die Prostituierte entbehrt des richterlichen Schutzes und die Schuttsaufsicht ist nicht kommunal organisiert, etwa im Anschluß an die in der Bildung begriffenen städtischen Wohlfahrtsämter, sondern sie ist im wesentlichen der sogenannten „freien Liebestätigkeit“ überlassen, bei der konfessionelle Vereine und Vereinskongregationen ausgesprochenenmaßen eine große Rolle spielen werden.

Damit ist aber auch die Richtung angedeutet, in der sich eine Reihe anderer Veränderungen bewegen, die die bürgerliche Mehrheit des Ausschusses an den „Richtlinien“ vorgenommen hat. Namentlich das Zentrum hat eine Bestimmung durchgesetzt, die die Werbetätigkeit der Prostituierten auf Straßen und in öffentlich zugänglichen Räumen, sowie überhaupt die Anlockung „tunlichst verbieten“ soll. Insbesondere soll es auch verboten sein, durch Kennzeichnung der Wohnung, durch Vermittler, durch Anzeigen, durch Zuschriften oder ähnliche Mittel, „wenn auch in verfeinerter Form“, zum Verkehr einzuladen. Das bedeutet, daß man im Interesse der öffentlichen Sittlichkeit und aus wesentlich moralischen Gesichtspunkten heraus der weiblichen Prostitution das Leben so sauer als möglich machen will, während das Aufstehen der Prostitution durch Männer mit allen seinen bekannten Begleiterscheinungen auf Straßen und in öffentlichen Lokalen, das sich oft zur Anrempelung gänzlich unbeteiligter Frauen steigert, nach dieser Doppelmoral

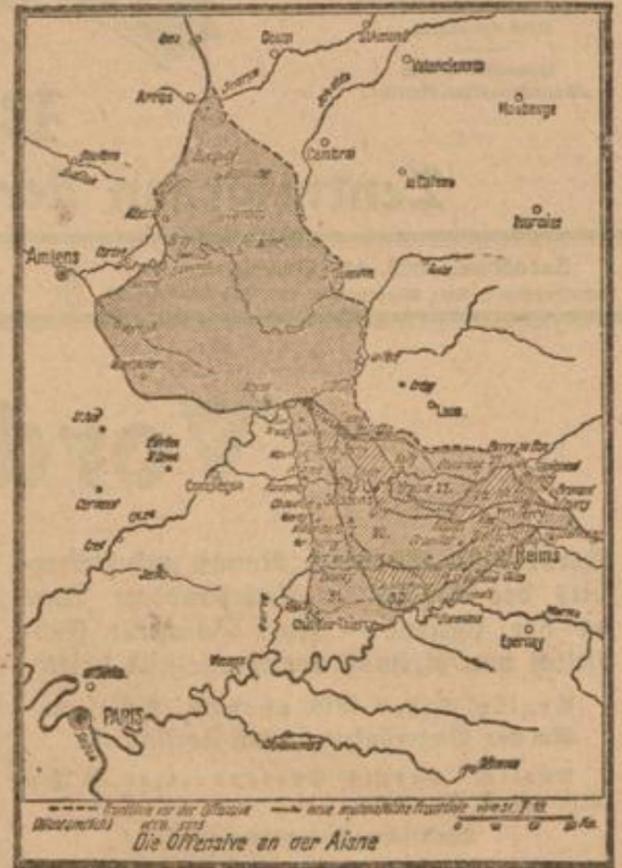
völlig unbefähigt bleiben soll. Daß solche Maßnahmen die Gefahr der heimlichen Prostitution noch mehr steigern und alle Uebel derselben vermehren, braucht nicht besonders gesagt zu werden. Beinahe wäre es dieser Moralpolitik gelungen, auch die Wohnungsbeschränkungen, die doch einschneidend genug bleiben sollen, noch mehr zu verschärfen. Sie geht von einem falschen Sittlichkeitsstandpunkt aus, auf dem sie völlig vergißt, daß es sich um Gesundheitsmaßregeln für Dirnen handelt und darum, ihnen die sanitäre Behandlung so leicht und annehmbar als nur möglich zu machen. Aus der anfänglich auch von der Regierung in dieser Richtung eingeschlagenen Gesundheitspolitik ist der Ausschuß im Laufe seiner Beratung je länger je mehr herabgefallen und zwar unter dem Druck moralisierender und kirchlicher Bestrebungen, die sich auch von außen her sehr stark geltend machten. Wenn die Reichstagsarbeiten nicht zu jener Richtung zurückkehrten, so werden sie wenig Nützliches schaffen. Man arbeitet zum Teil mit den alten Mitteln an einer möglichst vollständigen Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten durch bessere sanitäre Einrichtungen.

Dabei ist durchaus Geneigtheit bei der Regierung und den Parteien vorhanden, für die gesundheitlichen Zwecke in mander Richtung weiter durchzugreifen. Die Linksparteien haben sich mit einem Beschuß einverstanden erklärt, den Anmerkungen durch Vorschriften über Zulassung, Zahl und Entlohnung der weiblichen Angestellten in Gast- und Schankwirtschaften wirksamer zu weise zu gehen, obgleich auch hier eine Einigung auf möglichst bestimmte und sozial wirksame Vorschriften, sowie darüber noch fehlt, ob sie durch Gesetz oder Verordnungen getroffen werden müssen. Andererseits haben sich die Mittel- und Rechtsparteien freundlich zu einer Interrogation von links gestellt, bei der gesundheitlichen Kontrolle der Prostitution mehr als bisher in allen Instanzen, an der Zentralstelle wie bei den örtlichen Behörden, zur Abmilderung des polizeilichen Charakters derselben, ehrenamtlich berufene Personen, Lehrer, Ärzte, Frauen, Jugendpfleger usw. zuzuziehen. Es sind also wohl schärfere Anläufe zu einer gründlichen Organisierung des Kampfes gegen die Geschlechtskrankheiten auch auf diesem heissen Gebiet vorhanden. Aber sie werden noch vielfach durchkreuzt und gestört durch jene Sittlichkeitsbestrebungen, die wir zu schildern versuchten und die von ihren Urhebern sehr gut gemeint sein mögen, aber im Endziel die geplante Gesundheitsgesetzgebung wieder einmal in die Sackgasse der Sittlichkeitsgesetzgebung zu führen drohen. Stärkere Aufmerksamkeit der hier interessierten und sozial gerichteten Kreise, namentlich der Frauenbewegung aller Richtungen, wäre dringend notwendig, wenn bei der 2. Lesung des Gesetzesentwurfes im Ausschuß Schlimmeres verhütet werden soll.

Der französische Flankenstoß bei Soissons.

Berlin, 2. Juni. (B. Z. V.) Die schon gestern gemeldeten harten britischen Kämpfe bei Soissons haben sich zu einer großen Schlacht entwickelt. Der Gegner hat alle verfügbaren Kräfte in großemestem Flankenstoß mit der Absicht zusammengeführt, Soissons wieder zu nehmen. Die dort befindlichen alten Stellungen gaben ihm vorzügliche Stützpunkte. Er ließ nichts unversucht, es attackierte Kavallerie bei Suanach deutsche Begleitbatterien, die unserer Infanterie auf dem Fuße folgten. Es gelang ihr, die Bespannung zu erreichen. Es wurde sie durch wohlgezieltes Maschinengewehrfeuer aufgegeben. Am Nachmittag griff ein großes Tankgeschwader, aus der Linie Miß-Chaudun kommend, von beiden Seiten der großen Straße Paris-Soissons erfolglos an.

hinf Tankes liegen wehlich Tankbauten geschaffen im Gelände. Ueberaus starke feindliche Schladtschwader griffen unsere Infanterie und Artillerie an, während zu gleicher Zeit Bombengeschwader das Innere der Stadt Soissons besaßen. Die besten Truppen Frankreichs, das 1. Eiserne Korps mit einer marokkanischen Division hat südwestlich Soissons eingelegt. Es hatte schwere Verluste. 2400 Gefangene sind schon gemeldet. In der Nacht vom 31. Mai zum 1. Juni flante das Feuer bei Soissons ab. Mächtige Brände wütheten im Stadtinnern. Die beiden großen Herde befinden sich nördlich der Kathedrale und im östlichen Stadtteil an der Aisne.



Frankösischer Heeresbericht vom 1. Juni nachmittags. Der Druck der Feinde hielt gestern abend und während der Nacht mit verdoppelter Heftigkeit auf der Front Soissons-Château Thiery, in der Umgegend von Soissons und auf der Linie Chaudun-Bierzy an. Die französischen Truppen setzten ihre Gegenangriffe mit unermüdlicher Tapferkeit fort und warfen die auf dieser Front angefahren feindlichen Massen zurück, wobei sie überall Gelände erwarben und mehrere hundert Gefangene machten. Südlich von Soissons wurden die Deutschen auf die Grise zurückgeworfen, weiter südlich wurden Chaudun und Bierzy zu wiederholten Malen genommen und verloren und blieben nach erbitterten Kämpfen in den Händen der Franzosen. Die Schlacht war nicht weniger heftig in der Gegend von Chouty und Reuilly-St. Front. Die französischen Truppen brachen die deutschen Angriffe und behaupteten ihre Linien unmittelbar östlich von diesen Orten. Auf dem Nordufer der Marne schoben die Deutschen ihre Vortruppen von den nördlichen und östlichen Wänden von Château Thiery bis Verneuil vor. Auf dem rechten französischen Flügel haben sich sehr lebhaft Kämpfe an der Straße Dormans-

Der Mistkäfer.

Von Fritz Müller.

Ein Mistkäfer, dick und glänzend, kroch aus einem Frontgrab. Am Grabkreuz krabbelte er hoch. Unterwegs traf er einen Johanniskäfer.

„Wohin des Weges, junger Freund?“ fragte er ihn beginnend.

„Ich höre, daß auf diesem Kreuz die Lösung eines großen Rätsels eingegraben ist.“

„Welches Rätsel?“

„Des Rätsels, wofür die vielen Menschen jeztum sterben.“

„Ja, das interessiert mich auch.“

„Dich?“ sagte der schlaffe Johanniskäfer ein wenig ungläubig.

„Natürlich, meinest wohl, unferneiner hätte nichts fürs Geistige übrig? Es ist mir nie so gut gegangen wie in diesem großen Sterben, muß doch sehen, wem ich's zu verdanken habe.“

Da krabbelten sie selbster längs des Kreuzes über Moos und Kräutern, bis sie auf eine Inschrift stießen:

... starb fürs Vaterland ...

Sie umwanderten das B, das a, das l.

„Na, begriffen, junger Freund?“ fragte der Mistkäfer.

„Noch nicht, komm weiter.“

„Ich muß sagen, daß der Weg ein wenig lang ist.“ brummte der Mistkäfer.

Die Käferbeine, die dicken und die dünnen, zogen die Schriftzüge des B, des a, des l nach.

„Ich hab' jetzt genug.“ schnaufte der Dicke. „geh du weiter, ich will auf dich warten.“

Unverbrochen zog der Johanniskäfer die Bahn des a entlang. Als er das n erwandert hatte, fiel die Nacht ein, aber unermüdlich beschrieb er seine Bahn auch um das letzte, was das Wort zu geben hatte. Da war es, daß es sein Körperchen durchsummte, wie von elektrischen Batterien, die geladen werden. Von unsichtbaren Strahlen fühlte er den Leib geschwellt. Beschwingten Fußes fand er seinen Weg zurück. Dem Mistkäfer sah er auf dem t eingehalten.

„Noch auf, ich hab's.“

„Was ist denn?“ sagte der Mistkäfer, verdrießlich die Augen reißend. „Ich habe misrabel auf dem horien t geschlafen.“

„Und ich habe mit dem weichen d des Rätsels Lösung doch erwandert.“

„Na, wie heißt die Lösung also?“

„Vaterland — hm, ein wenig dunkel ist das Wort.“

„O, ich kann es dir erhellern von einer Kraft, die eben in mich floß.“ — hieb.

Ein feines Knipfen, das Johanniskäferchen glühte. Seltsam strahlte das Wort Vaterland vom Kreuze in die Nacht.

„Hast du es begriffen?“ fragte der Johanniskäfer voll Erwartung.

„Selbstverständlich. Vaterland, das ist ganz einfach, was mich fett macht — ich glaube übrigens, es wird Zeit zum Frühstük.“

Rustend kroch er abwärts. Der Johanniskäfer aber slog und wab löse seine Feuertröpfe um das Wort.

Kleines Theater: „Aristid und seine Fehler.“

Lustspiel von Hanns Salmann.

Drei Akte sind mit den unaufrichtig selbstgefälligen Dreißigjährigen eines Unwiderstehlichen ausgefüllt, der aus China heimgekehrt, seinen Befähigungsnachweis als heimatischer Don Juan damit beginnt; daß er einer jungen Witwe, in der er sich beim ersten Blick herzlich verliebt, durch seine brutalen Indiscretions so lange ansetzt, bis sie die Heiratskassette gegen ihn erhebt. Das ist Weibhabe und Bewohnheit bei dem angezogenen jungen Menschen; aus den Erfolgen seiner Heiratsjägermanieren bei dem schönen Geschlecht hat er sich eine besondere brutale Liebesphilosophie zurecht gemacht, an die er unüberdächtig glaubt. Er hält die Ausübung derselben für den Beweis einer freien, über die Weichheit der viel zu vielen weit erhabenen Persönlichkeit, und der Autor schenkt diese Meinung wie die Bewunderung der Frauen für den Helden zu teilen. Die Durchführung des Themas, dessen Weichheit nur durch überlegen ironischen Humor sich hätte überwinden lassen, sucht was ihr in dieser Hinsicht mangelt, durch allerhand theaterhafte Raffinements zu verdecken. Der ritterliche Herr, als seine ersehnte Werbung nicht fogleich erbt, wird, schiebt zur Rechten ins Zimmer der Dant, um sich daseibst vor ihr in seiner Freiheit noch eindrucksvoller zu produzieren, hinterläßt beim Wiedergang einen geladenen Revolver, mit dem er sich, wenn sie ihn nicht erbt, zu erschießen droht. Was einen dritten Akt ermöglicht, wo die natürlich längst für Aristid erhaltene Schönheit ihm die entladene Pistole mit der freundlichen Aufforderung, er möge auf sich losfeuern, zurückstellt.

Herr Salmann, der die Rolle des Unverschämten übernommen, führte sie bei allen inneren Umwandlungen schauspielerisch in virtuoser Weise durch. Frau Eise Salmann in der Figur der angeknurrten Witwe fand ihm geschickt zur Seite. Das Publikum applaudierte.

Volksbühne: „General York.“

Schauspiel von Maximilian Wötcher.

Am 30. Dezember 1812 schloß Nord von Wardenburg, der Oberbefehlshaber eines preussischen, gemeinsam mit dem Napoleonischen Heere gegen Rußland operierenden Hülfskorps auf seinem Rückzuge in Antwerpen mit dem Russengeneral Diebitsch einen Neutralitätsvertrag. Nord tat diesen klünnen Schritt in feindlicher Absicht gegen die Kronlosen auf eigene Verantwortung und wurde darin auch von seinem Könige vor ein Kriegsgericht gestellt. Dies ist der berühmte weiterverhüllte historische Sachverhalt, aus dem nun Maximilian Wötcher ein vaterländisches Schauspiel geschaffen hat.

Für alle deutschen Nationaldichter haben ja Schiller und Heine, jener mit seinem „Tell“, dieser mit der „Germanschlacht“, ewig anspornbare Vorbilder errichtet. Auch Wötcher hat daraus die Richtlinie für sein Stück gewonnen. Nord's Handlung wird als Reize einer gebührenden vaterländischen Gärung erachtet und demgemäß auf eine breite Basis gestellt. Nord treibt nicht, sondern wird getrieben. Ihm, dem allpreussischen Junker, gilt Königstreu

und Vaterland als untrennbar. Der dem Könige gelobte Treueidwort ist höchste Pflicht; ihn zu brechen, das schwerste Verbrechen. Sozialweise kann also Nord einen feinen Jagierleutnants, der dem russischen Heerführer den Uebertritt mit seiner ganzen Kompanie angetragen hat, auch nur zum Tode verurteilt wissen. Von selbst, den starren Willensmenschen, verdammt, so will es Höflichkeit, nur amantliche Einwirkungen außer ihm stehender Mächte zum Eubdruck nötigen. Als solche führt der Autor ins Treffen: den revolutionierenden Geist aller jüngeren Offiziere der Nordischen Truppe, wozu ja der dazwischen erwähnte Fall blühendes Zeugnis abgibt, das Väterlandserbieten des Russen Diebitsch und vor allem die im preussischen Volke gärende Aufstandsbewegung, worüber den noch immer auhernd zwischen Pflicht und höherer Vaterlandserstimmung schwankenden General eine Abordnung von Bauern und Bürgern befehrt. Jetzt endlich schlägt Nord das Weissenbündnis mit Diebitsch. Mit diesem Postum entläßt der Verfasser sein Publikum.

Es gelang ihm, im psychologischen Entwicklungsverlaufe ein anscheinend wahrheitsgetreues Reizgemälde zu entwerfen. Gegenfällige Meinungen, Gefühle, Bestrebungen sind in einer Anzahl soldatischer wie zivilistischer Typen charakterisiert und gruppiert. Am geschlossensten wirkt wohl der Mittelfeld des übrigens schon mehrere Jahre vor Kriegsausbruch entstandenen Schauspiels. Es fand nicht nur in Winterstein (Nord), Jannas (Aristid), Decard (Klauswitz), Diegelmann (Karinshoden), Paula Eberth (Frau Dege-wald), Sarnow (Leutnant Horst Hege-wald) und Artur Verpen (Terrier) vorzügliche Darsteller, sondern auch eine sehr entgegenkommende Aufnahme beim Publikum.

Notizen.

— Sie lebet noch, die gute alte Theaterzensur, die über die Moral des Bürgers wacht und so insäglich waltet, daß sie in einem Orte verbleibt, was sonst überall erlaubt ist. Diesmal ist Wansheim, das sonst in Ausübungen für majestätisch galt, Gegenstand ihrer Sorge. Weibliches Drama „Erdegeist“ aber heißt ihre Opfer. Das Verbot ist — Idiotie — als besondere Ehrung dem jenjenderfolgenden Weibchen übers Grab hinaus verabschiedet.

— Verbrechergeschichten. Im Zeitalter der Schandliteratur (die im Kriege neu erhardt ist) muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß es natürlich falsch ist, jedes Buch schon deshalb, weil es von verbrecherischen Menschen erzählt, in die Rubrik der verderblichen Lesestoffe zu rechnen. Reist freilich, in Relation von Nöthen, ist das richtig. Aber es kommt darauf an, wie von dem Buch und seinem Autor das Weien und welche Art des Verbrechertums erlirt wird. Und so gibt es eine Reihe guter Verbrechergeschichten, die jedermann ernsthaft kennen sollte. Der Verbrecher kann ein Mensch voll schwersten Schicksalsdringens sein.

Es ist es zu bezeichnen, daß in der bekannten Vorwärts-Bibliothek, die der Verlag Buchhandlung Vorwärts seit Jahren erscheinen läßt, jetzt ein Band „Verbrechergeschichten“ erschienen ist. Ein harter Band nach Inhalt und Umfang! Ein in seiner Art wertvolles Buch. Es enthält Kleists „Michael Kohlhaas“, A. v. Droitz-Hülshof's „Andenken“ und Schiller's Gedichte vom Sonnenwirt, den „Verbrecher aus verdorrter Erde“. Der Band kostet gebunden 2 Mk. und ist mit Einleitungen in die drei packenden Erzählungen und einer Einleitung versehen, in der Franz Dieblich als Herausgeber der Ideen vor dem Kriege geplanten Sammlung auf die Frage eingiht: Können Verbrechergeschichten nützlich sein?

Dem Buche ist ein guter und weiser Weg zu wünschen.

Reims abgefließt. Die Loge nordwestlich und nördlich von Reims ist unverändert.

Paris, 2. Juni. Amtlich. Heute nach 12 Uhr 8 Minuten wurde Alarm gegeben. Mehrere Abteilungen feindlicher Flugzeuge griffen die Gegend von Paris an. Sie wurden sehr lebhaft von den Abwehrcanonen beschossen. Die Verteidigungsmittel wurden in Tätigkeit gesetzt. Es wurden Bomben abgeworfen. Man meldet nur einige Verwundete. Um 2 Uhr war der Alarm beendet.

Die Sozialpolitik in Mitteleuropa.

Eine eben in Wien abgehaltene Tagung der mitteleuropäischen Wirtschaftsbereiche beschäftigte sich mit der zukünftigen Sozialpolitik der Mittelmächte.

Professor Dr. Alfred Ranes (Wien) besprach die Richtlinien für die zukünftige Sozialpolitik der Mittelmächte, besonders in bezug auf die Bevölkerungsfrage, die zweckmäßige Ernährung der Arbeiter. Die zukünftige Sozialpolitik werde insbesondere davon abhängen, ob und wie die Mittelmächte wirtschaftspolitisch zusammenkommen würden.

Minister a. D. Franz Klein führte aus:

Als hauptsächlichste Forderungen der österreichischen Sozialpolitik seien zu bezeichnen: zunehmende Durchbildung aller Rechtsverhältnisse der Lohnarbeit, Regelung des Arbeitsnachweises, Gewerkeinspektion sowie Verminderung und Milderung der Arbeitslämpfe durch Tarifverträge, Schiedsgerichte usw. Diese Richtlinien stimmen grundsätzlich mit denjenigen überein, die der Sozialpolitik in Deutschland das Gepräge gegeben hätten. Redner trat für weitere Annäherung der beiden Reiche auf sozialpolitischem Gebiete ein.

Nach längerer Debatte wurde eine Entschließung angenommen. Darin wird darauf verwiesen, daß das Friedenswert der Sozialpolitik von Deutschland, Oesterreich und Ungarn sich auch im Kriege als eine so starke Stütze erwiesen habe, daß ein Stillstand oder eine grundsätzliche Änderung in der Sozialpolitik nicht in Betracht kommen könne. Es werde ein gleichmäßiges Vorgehen in der Fürsorge für die Kriegsgeschädigten und Hinterbliebenen von Kriegsteilnehmern in Deutschland, Oesterreich und Ungarn gewünscht und auf die Notwendigkeit einer fortgesetzten Fürsorge für die Gesundheit, Tüchtigkeit und Wohlfahrt der Arbeiterklasse hingewiesen, die Fortführung der künftigen Sozialpolitik Deutschlands, Oesterreichs und Ungarns in Anlehnung an die bisher mit Erfolge beläugten sozialpolitischen Grundzüge und Ziele verlangt und ein gegenseitiges Annähern der in den drei Ländern vorhandenen Sozialgesetze und Einrichtungen als geboten angesehen. Eine einmündige Regelung der Wanderbewegung und der Wanderbeschäftigung werde als notwendig hingestellt, ebenso wie die baldige Abschließung von gegenseitigen Abkommen zwischen Deutschland, Oesterreich und Ungarn in Sachen der Kranken- und Unfallversicherung. Schließlich werde als anstrebenwert bezeichnet, daß in die mit den feindlichen Staaten abzuschließenden Friedensverträge die Bestimmung aufgenommen werde, daß diese Staaten im Gebiete der Sozialgesetzgebung und insbesondere der Sozialversicherung den Einrichtungen der Mittelmächte gleichkommende Anstalten schaffen.

Diese Entschließung ist vortrefflich und wirft wichtige sozialpolitische Fragen auf, die im Lärm der Waffen oft überhört werden. Für die deutschen Arbeiter aber — und dieser wesentliche Gesichtspunkt scheint übersehen worden zu sein — ist wichtig, daß die Fortführung der deutschen Sozialpolitik nicht davon abhängig gemacht wird, ob Oesterreich oder Ungarn nachkommen wollen. Schon jetzt wird sozialpolitischen Forderungen der österreichischen Arbeiter mit dem Hinweis entgegengetreten, daß Ungarn nicht mitmachen und die österreichische Industrie nicht ungenügender als die ungarischen Wettbewerber gestellt werden dürfe. In keinem Fall darf in ähnlicher Weise der deutschen Arbeiterbewegung die österreichische oder ungarische Rückständigkeit als Bleigewicht an die Hüfte gehängt werden.

Das schweizerisch-deutsche Wirtschaftsabkommen. Der Schweizer Bundesrat hat am Sonnabend das Wirtschaftsabkommen mit Deutschland ratifiziert.

Quertreibung gegen eine gründliche Reichsfinanzreform.

Die „Tägl. Rundschau“ kündigt den Entschluß des preussischen Finanzministers an, im Herbst den Ertrag der Einkommensteuer um eine Milliarde zu erhöhen. Diese Meldung ist nicht unwahrscheinlich, da der preussische Handelsminister von der Notwendigkeit neuer Einnahmen bereits im Landtag gesprochen hat und sein sächsischer Kollege bereits vorausgegangen ist.

Es ist Recht und Pflicht der bundesstaatlichen Finanzminister, das Gleichgewicht in ihren Budgets wiederherzustellen, die natürlich auch deutliche Spuren des Krieges tragen. Aber die offensibare Absicht geht dahin, die Einkommensteuer sehr stark zum ausschließlichen Nutzen der Bundesstaaten anzugehen und das Reich von der ergiebigsten bzw. wichtigsten Steuer auszuküperren.

Der letzte Grund für die grundsätzliche deutsche Steuerpolitik ist aber, daß dem Reich eine beweglich, sich den wechselnden Bedürfnissen elastisch anpassende Steuer fehlt.

Dem Reichstag wird es nicht verborgen bleiben, daß jetzt der entscheidende Kampf um die dauernde Gesundung der Reichsfinanzen anhebt, und daß es an ihm — und das besonders nach den eindrucksvollen Kriegserfahrungen — liegt, das Interesse des Reichs, das eine unendlich schwerere Last als die Staaten zu tragen hat, gegen einen kläglichen Partikularismus zu verteidigen.

Die Sammlung für die Ludendorffspende.

Wir erhalten folgende weitere Zuschrift aus Kriegsbeschädigtenkreisen:

„Auch ich kann nur bitten, recht reichlich und viel für die Kriegsbeschädigten zu geben. Insbesondere bitte ich

- 1. die Herren Fabrikanten, Unternehmer, Arbeitgeber usw. genau soviel zu geben, wie sie bisher schon durch Minderentlohnung der Kriegsbeschädigten, durch Ermäßigung der vom Staat gezahlten Invalidenrenten auf Lohn und Gehalt auf Kosten der Kriegsbeschädigten verdient haben und künftig noch zu verdienen gedenken,
- 2. die Herren Hausbesitzer in kapitalistischer Form den Betrag zu erhalten, um den sie durch ihre vielfachen Mietssteigerungen gegen Kriegsbeschädigte Mieter ihre Einnahmen vermehrt haben.

Diese Forderung dürfte niemandem unbillig erscheinen, denn es kann doch nicht als Opfer bezeichnet werden, wenn jemand ein paar Nickel oder selbst Mark in eine Büchse steckt, der auf Kosten der Kriegsbeschädigten jährlich Hunderte und Tausende Mehreinnahmen hat. Wird sie erfüllt — woran ich allerdings nicht glaube —, dann wird der Ertrag der Ludendorffspende ein ganz ungeheurer großer sein.“

Gegen den Nachfrieden.

Im Volksbund für Freiheit und Vaterland hielt am Sonntag der Leipziger Prof. Dr. Walter Goeß den angelegentlichsten Vortrag über „Staat und Macht“. Er ging von der Frage aus, ob der Staat Macht ist. Die deutschen Freunde eines Nachfriedens betonen, daß Macht die Grundlage alles Staatslebens bilde. Einen Nachfrieden wünschten sie in der Erwartung, daß er unsere Macht weiter mehr und unsere Zukunft sichern werde. Die Geschichte lehrt, daß nirgends eine Eroberungsmacht auf die Dauer zu halten war. Gegen die Gewalt der Waffen fiel in die Wagschale die moralische Kraft, die in den unterworfenen Völkern sich regte. Ebenso hat in dem inneren Leben der Staaten sich gezeigt, daß die Macht des Absolutismus ausschließlich an sich selber zugrunde ging. Gewiß kann ohne Macht kein Staat bestehen, und jede Form der Staatsbildung setzt irgendeine Macht voraus. Doch Macht ist nicht der Zweck des Staates, sondern nur Mittel zu dem höheren Zweck der Wohlfahrt aller Staatsbürger. Durchaus auf dieser Linie liegt das Streben nach Zusammenschluß eines zerrissenen Staates, wie man es im 19. Jahrhundert in Deutschland sah, und so kommt man zu einer Erklärung von Bismarcks Nachpolitik. Aber gerade ihm, auf den die Nachpolitiker von heute sich berufen, haben die Nachmittler manchen Erfolg versagt. In der inneren Politik mißlang ihm der Kulturkampf und die Bekämpfung der Sozialdemokratie. In der äußeren Politik erkannte er die Grenzen der Machtempörung, so daß er Oesterreich konnte und von Frankreich nur nahm, was ihm für Deutschland zur Erfüllung der Staatszwecke nötig schien. Darauf kommt es an, daß die Betätigung von Macht in innerem Zusammenhang mit den Staatszwecken steht. Können wir, fragte Goeß mit gutem Gewissen das verantworten, was jetzt die Freunde eines Nachfriedens wollen? Nachbedeutung an un-rechter Stelle werde zu einer schweren Gefahr für einen Staat, nicht nur in der inneren Politik, sondern auch in der äußeren. Macht sei das Wesen des Staates, aber sie müsse immer sittlich fundiert sein. Die Nachbedeutung müsse von der Gesamtheit der Volksgenossen vertreten werden können, nur dann werde der Staat mit seiner Macht etwas Aufbauendes erreichen.

Der Vortragende erntete reichen Beifall.

Sorge um die Kriegervereine.

Die „Kreuzzeitung“ ist über den Beschluß der Kriegervereine, der — allerdings nur rein formell — den bisherigen Ausschluß von Sozialdemokraten beseitigt, in ernste Besorgnis geraten. Sie schreibt: Trotz der Haltung der Parteioberleitung, die den Beitritt von Sozialdemokraten ablehnt, weil die Kriegervereine nach wie vor verlangen und verlangen müssen, daß ihre Mitglieder sich „zur Vaterlandsliebe, zur Treue gegen Kaiser und Reich, König und engeres Vaterland bekennen“, wird die Leitung der Kriegervereine doch die Augen vor der Gefahr offenhalten müssen, daß nicht schließlich doch die sozialdemokratische Organisation sich einzelner Vereine zu bemächtigen sucht, um sie von innen auszuküperren.

Die „Kreuzzeitung“ mag berührt sein. Die Sozialdemokratie hat andere Sorgen nach diesem Kriege als das auszuküperren, was ihr ohnehin stets geistig hoch erschienen ist.

Parteinachrichten.

Parteiausschuss und Aktionsprogramm.

Der Parteiausschuss beschäftigte sich am Schluß seiner Tagung mit dem Entwurf des neuen Aktionsprogramms. Gen. Scheidemann erhaltete das Referat. Es könne gar keine Rede davon sein, daß dieser Plan irgendwelche Forderungen des Erfurter Programms aufheben oder preisgeben oder gar das Programm als Unterlage unserer politischen Arbeit ausschalten wolle. Entsprechend der Auffassung des Würzburger Parteitages solle es vielmehr die Richtlinien geben für unser Handeln gewissen Notwendigkeiten gegenüber, vor die der Krieg die Partei gestellt habe. In diesem Charakter als Arbeitsplan seien auch die Beschränkungen begründet, die sich die Kommission bei der Abfassung habe auferlegen müssen.

Nach einer längeren Aussprache, in der allgemein die Arbeit der Kommission für die Aufstellung des Aktionsprogramms anerkannt wurde, und einige Wünsche nach Erweiterung geäußert wurden, stellte sich der Parteiausschuss in Uebereinstimmung mit dem Parteivorstand auf den Standpunkt, daß man der Presse und den Organisationen noch Zeit lassen müsse, den Entwurf ausgiebig zu diskutieren. Die endgültige Beschlußfassung wird deshalb bis zur nächsten Sitzung vertagt.

Gen. Otto Braun vom Parteivorstand macht noch Mitteilungen über die Entwicklung der Parteipresse und der Organisationen, wie sie sich nach den vorläufig noch nicht vollständigen Berichten der Organisationen darstellt. Sie ergeben, daß die Presse eine höchst erfreuliche Zunahme an Lesern zu verzeichnen hat und daß auch die Parteioberleitung in guter Aufwärtsentwicklung begriffen ist.

Letzte Nachrichten.

Frankreich an die finnischen Monarchisten.

Stockholm, 2. Juni. Die französische Gesandtschaft in Stockholm verbreitet in der Presse folgende Erklärung: Aus Anlaß von Erklärungen, die kürzlich von gewissen Mitgliedern des finnischen Senates gemacht wurden, und im Hinblick darauf, daß das monarchische Prinzip im Landtag in Verruf gesetzt nicht die Mehrheit zu gewinnen scheint, die die Verfassung verlangt, wurde der französische Gesandte bevollmächtigt, dem finnischen Geschäftsträger in Stockholm zu erklären, daß die Regierung der französischen Republik keine Regierungsform anerkennen will, die in diesem Lande ungesetzlich eingeführt wird. Die französische Regierung ist der Ansicht, daß sie mit dieser Erklärung jene Pflicht gegen das finnische Volk erfüllt, die Frankreich auf sich nahm, als es zuerst unter den Großmächten Finnlands Selbständigkeit anerkannte.

Großer Brand in Samsul.

Konstantinopel, 2. Juni. Die Blätter veröffentlichten ausführliche Berichte über einen großen Brand in Samsul, der vorgetern mitternachts ausbrach und erst gestern abend gelöscht werden konnte. Das Feuer entstand durch eine Unvorsichtigkeit, indem in einem Hause im Sultan-Selim-Viertel am Goldenen Horn eine brennende Zigarette in eine Petroleumlampe fiel. Da die dicht nebeneinanderstehenden Häuser aus Holz gebaut sind und ein heftiger Südwestwind wehte, breitete sich das Feuer rasch in den Straßen und Plätzen aus. In Samsul, Kasim Pascha, Jusuf Pascha, Joni Pascha, Lutfi Pascha und Tschava Pascha sind. In Kasim Pascha, Tschukur Pascha, Ruffah, Mustafa Pascha, Tschak Pascha und Desim Culu wurden zahlreiche der armen mohammedanischen Volksklasse gehörende Häuser eingeeisert.

Groß-Berlin

Während gesammelt wird.

Die Mutter eines Kriegsgeschädigten schreibt uns:

„Mein Sohn ist verheiratet, ist von Anfang an im Felde gewesen, hat die Ruhr bekommen, ist dadurch magen- und darmkrank geworden und ist seit einem Jahr vorläufig vom Militärentlassen. Er hat vor einem Jahr im April versucht, als Schriftsetzer zu arbeiten, konnte es aber nicht aushalten, wurde wiederholt ohnmächtig, bekam überdies noch Gelenksreizen und wurde lungenkrank. Damals wohnten wir Neudölln, Bodestr. 10. Wir zahlten 45 M. Miete, wurden aber auf 52 M. angehoben. Da wir das nicht zahlen konnten, zogen wir nach Berlin und nahmen dort eine Wohnung für 45 M. Es waren zwei Stuben, denn auch ich bin krank und wir brauchen eine gesunde Wohnung. Heute, am 1. Juni, als ich die Miete bezahlte, sagte der Hauswirt zu mir: „Frau L., die Wohnung kostet von Oktober ab jetzt 50 M. Mein Sohn bekommt eine Militärrente von 20 M., dazu eine Invalidenrente von 20 M. mit 3 M. Zulage. Er ist jetzt von der Fürsorge nach dem Moorbad geschickt, denn sein Reizen wird nicht besser. Ich fürchte, er wird vor Aufregung krank, wenn er von der Mietssteigerung hört. Denn wir mühen entweder zahlen oder einen Wogen für 100 M. nehmen und ziehen. Wenn die Miete so weiter steigt, was soll dann werden?“

Dieser Fall steht nicht vereinzelt da. Über die Hauswirte, welche die Kriegsgeschädigten in der Miete steigern, haben es natürlich leicht, ihr Gewissen zu beruhigen, indem sie einige Groschen in die Sammelbüchse der Ludendorffspende stecken. Dann bilden sie sich ein, für die Kriegsgeschädigten ihre Pflicht getan zu haben.

Parteienkonferenz für die Provinz Brandenburg.

Am gestrigen Sonntag hielt die Bezirksorganisation der Provinz Brandenburg im Berliner Gewerkschaftshause seit fünf Jahren zum erstenmal wieder eine Konferenz ab. Die letzte hatte im Jahre 1913 stattgefunden.

Genosse Weis, der den Bericht des Bezirksvorstandes erstattete, gab ein in großen Zügen entworfenes Bild von der Parteibewegung, die sich während der Kriegsjahre in der Provinz abgezeichnet hat. Er betonte unter anderem, daß sich die Bezirksleitung vom Beginn des Krieges an auf den Standpunkt der Parteinheit gestellt und, wie sich bald zeigte, auch die Mehrheit der Parteigenossen der Provinz hinter sich hat. Gemeinsam mit den Gewerkschaften hat die Parteioberleitung gearbeitet in der Frage der Kriegsgeschädigtenfürsorge und anderer auf die Milderung der Kriegsschäden gerichteten Angelegenheiten. Ebenso arbeiteten Partei und Gewerkschaft zusammen an der Stärkung des Organisationsgedankens und an der Aufrechterhaltung der Einheit der Parteioberleitung. Auch die Parteipresse in der Provinz unterstützt einmütig die Einheitsbestrebungen. Sie hat sich nach anfänglichem Säuwanken einzelner Redakteure auf den Standpunkt der Parteinheit gestellt, für den sich auch die Pressemmission ausgesprochen hatte.

Unter den Einwirkungen der Kriegsverhältnisse ist die Zahl der Kreisvereine unseres Bezirks von 195 auf 129 zurückgegangen. Aus demselben Grunde sank die Mitgliederzahl, die sich im Jahre 1914 auf 24 000 belief, bis zum Jahre 1917 auf 2265. Dann setzte wieder eine Aufwärtsbewegung ein. Jetzt hat die Bezirksorganisation 11 919 Mitglieder. Der erfreuliche Aufstieg ist ein Spiegelbild der Aufwärtsbewegung in der Mitgliederzahl der Gewerkschaften, die unter dem Einfluß der Hochkonjunktur erfolgte. Auch die Parteipresse des Bezirks hat in letzter Zeit einen Aufschwung ihrer Leserschaft zu verzeichnen. Der Stillstand unserer Parteioberleitung ist überwunden. Die Zersplitterungsneigungen haben in unserem Bezirk nicht so Eingang gefunden wie in manchen anderen Bezirken. Die Notwendigkeit des Kampfes wird, wie wir hoffen, die getrennten Kräfte wieder zusammenführen.

Nach der Bestimmung der Mandatprüfungs-Kommission sind alle 18 Wahlkreise der Provinz durch 31 Delegierte vertreten. Ein schließlich der Funktionäre, Abgeordneten und Kandidaten sind 55 Teilnehmer anwesend.

Die Frage der Beitragserhöhung hat den unmittelbaren Anlaß zur Einberufung der Konferenz gegeben. — Die Genosse Weis ausführte, erhebt ein Teil der Wahlkreise monatlich 80 Pf., ein anderer Teil 40 Pf. und neun Kreise sind zum Wochenbeitrag übergegangen. Der Parteiausschuss hält eine Einheitlichkeit der Beitragserhebung und eine Erhöhung des Beitragsjahres für notwendig und beantragt deshalb, in allen Kreisen der Provinz vom 1. Juli ab einen Wochenbeitrag von 15 Pf. für männliche und 10 Pf. für weibliche Mitglieder zu erheben, wovon 10% Proz. an die Bezirkskasse abzuliefern sind. — Nach längerer Diskussion wurde der Antrag mit großer Mehrheit angenommen.

Darauf sprach Genosse Braun vom Parteivorstand über die nächsten Aufgaben der Partei. Er besprach die Stellung der Partei zu den gegenwärtig im Vordergrund des politischen Interesses stehenden Fragen: Wie kommen wir am schnellsten zu einem Verständigungsfrieden, wie sichern wir bis dahin die Volksernährung, und wie erlangen wir in Preußen das gleiche Wahlrecht.

In der Diskussion wünschte Eugen Bräuer, daß im Aktionsprogramm die Forderung: Reichsgesetzliche Arbeitslosenunterstützung aufgenommen werde. Oswald Schumann vertritt im Aktionsprogramm die Stellung der Partei zur Verlehrs- und Parteipolitik. — Nach einer weiteren Aussprache nahm die Konferenz drei Resolutionen an. Die erste verlangt strengste Erfassung und öffentliche Bewirtschaftung aller wichtigen Lebensmittel und erwartet von der Reichstagsfraktion entschiedenste Bekämpfung des Antrages Rösche. — Die zweite Resolution protestiert gegen die zögernde Haltung der preussischen Regierung in der Wahlrechtsfrage und fordert sofortige Auslösung des Abgeordnetenhauses, falls das gleiche Wahlrecht bei der bevorstehenden Abstimmung wieder abgelehnt werden sollte. Von der Reichstagsfraktion wird die Unterfütterung des Wahlrechtskampfes und das Einwirken auf einen Verständigungsfrieden im Sinne der Reichstagsresolution erwartet.

Die dritte Resolution erklärt sich mit dem Entwurf des Aktionsprogramms einverstanden. Ein Antrag, eine Gemeindevertreterkonferenz einzuberufen, wurde dem Bezirksvorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Neue Metallsammlerstellen werden heute in Berlin eröffnet, und zwar in sämtlichen städtischen Rathhäusern (ausgenommen Zentralrathshaus). Davon bleiben noch vier vor die im Stadthaus, Stralower Straße 15/22, Einfahrt 1, befindlichen Sammelstellen bestehen. Die Sammelstellen sind wöchentlich von 8—1 Uhr geöffnet. Die Ablieferung von Metallgegenständen im Gewicht von 100 Kilogramm und darüber ist vorher dem Bureau der Metallablieferung, Klosterstraße, Stadthaus, Zimmer 20, anzugeben, damit für bezügliche Mengen ein besonderer Ablieferungstermin bestimmt wird, um die anderen Ablieferer nicht aufzuhalten. Auch alle diejenigen, die noch durch frühere Verordnungen beschlagnahmte Gegenstände im Besitz haben, können diese dort abgeben.

Unbekannte Tote. Am 25. Mai wurde aus der Gruft vor dem Haus Neudölln a. W. 23 die Leiche eines unbekannt Namenes gefunden. Die Leiche hatte unehrer acht Tage im Wasser gelegen. Der Tote war etwa 45 bis 50 Jahre alt, im 1.58 Meter groß, hat kräftige Gestalt, dunkelbraunes Haar mit Glatze, blonden gemischten Schurhaar, rundes aufgewachsenes Gesicht und einen schmalen Oberkiefer. Bekleidet war er mit dunklem Rock und Hose, schwarzer Weste, grauem Hemd und Antschose, weisem

